

rückzug - eine Vereinbarung, die von den Kaschmiris noch heute als tiefe Demütigung und politische Ohrfeige empfunden wird, da in ihr die durch den Artikel 370 der indischen Verfassung garantierte weitgehende Autonomie Kaschmirs zunichte gemacht wird. Während sich die Kaschmiris nach einem Ende der bewaffneten Auseinandersetzungen sehnen, wächst die Zahl der im Tal aktiven militanten Gruppen so stark, daß niemand mehr in der Lage ist auch nur einen annähernden Überblick über deren Stärke, Forderungen und politischen Hintermänner zu behalten. Für Indien steht fest, daß letztere in Pakistan zu suchen sind und Indien aus diesem Grunde für die aktuelle Situation im Tal nicht verantwortlich gemacht werden könne.

Tatsächlich gibt es unwiderlegbare Beweise für die Unterstützung militanter Gruppen durch den pakistanischen Geheimdienst. Dies kann aber für Indien keine Rechtfertigung für die massive Militärpräsenz im Kaschmirtal und die damit verbundene Unterdrückung des kaschmirischen Volkes sein. Wie emotionell geladen und daher schwierig mit In-

dem das Thema Kaschmir zu diskutieren ist, wurde im Dezember auch bei dem von der 'Stiftung Wissenschaft und Politik' organisierten 'Deutsch-indischen Dialog' deutlich. Da begannen indische Tagungsteilnehmer demonstrativ die Zeitung zu lesen oder hielten ein "Nickerchen", wann immer der Konflikt um das Kaschmirtal angesprochen wurde. Mit einer an Arroganz grenzenden Attitüde wiesen sie jedwede Verantwortung Indiens an dem Konflikt zurück, betonten die demokratischen Rechte Indiens, die auch für die "undankbaren Kaschmiris" gelten würden, und beschränkten sich darauf, immer wieder auf die destruktive Rolle Pakistans zu verweisen, das an der Fortdauer des Konfliktes interessiert sei, um von eigenen innenpolitischen Problemen abzulenken.

Daß es auch anders geht, zeigt die Initiative indischer und pakistanischer Nichtregierungsorganisationen, die nun schon zum zweiten Mal einen Dialog von Bürgern aus den beiden Ländern organisierten. Allein die Tatsache, daß ein solcher Dialog und Austausch zwischen Menschen der verfeindeten südasiati-

schen Nachbarn stattfindet, gibt Anlaß zur Hoffnung - wenn auch keine Hoffnung auf baldigen Frieden, so doch darauf, daß sich in beiden Ländern immer mehr zivilgesellschaftliche Stimmen erheben und so laut werden, daß ihre Forderungen nach einer Beendigung der Streitigkeiten, einer Normalisierung der Beziehungen zwischen Pakistan und Indien und einer Demilitarisierung in beiden Ländern von ihren Regierungen nicht mehr länger überhört, ignoriert oder mit Regierungspropaganda übertönt werden können.

Anfang November trafen sich erneut indische und pakistanische Bürger, um gemeinsam über die Beziehungen zwischen ihren beiden Ländern zu diskutieren und nach Wegen zu suchen, die zu einem Abbau der Spannungen zwischen ihnen führen können. Einer der Mitorganisatoren dieser Initiative, der indische Dokumentarfilmer und Menschenrechtsaktivist Tapan Bose, besuchte im Dezember das Südasienbüro und berichtete in einem Gespräch über das Zustandekommen der beiden bisherigen Treffen und erklärte die Ziele eines solchen Bürgerdialogs.

Interview:

Wie entstand die Idee zu diesen Treffen von Bürgern beider Länder?

Schon seit langem setzen sich indische Menschenrechtsaktivisten kritisch mit der Bürgerkriegssituation und der Politik Indiens im Kaschmirtal auseinander. Besonders kritisch beobachten sie die Rolle der im Tal stationierten Sicherheitskräfte und besonders der Armee. Eine dieser Organisationen ist beispielsweise das 'Committee for Initiative on Kashmir', eine andere die 'Peoples Union for Civil Liberties', die in der Vergangenheit immer wieder die Menschenrechtssituation in Kaschmir kritisiert und über Menschenrechtsverletzungen berichtet haben. Diese Menschenrechtsaktivisten und -gruppen sind zwar auch von Vorurteilen und Emotionen gegenüber dem Nachbarn geprägt, doch relativ offen für alternative Sichtweisen und Einschätzungen des Kaschmirkonfliktes. Allerdings haben sie es bisher vermieden, zu den politischen Aspekten des Konfliktes Stellung zu beziehen. Dies wurde von vielen von uns als ein Mangel gesehen und wir erkannten die Notwendigkeit der Schaffung eines offenen Forums, das es den Menschen beider Länder ermöglicht, in einen direkten politischen Dialog miteinander zu treten.

Doch warum solche 'Bürgergespräche'? Wären nicht politische Verhandlungen auf Regierungsebene effizienter?

Seit dem Scheitern der Gespräche zwischen den beiden Außenministern im Januar 1994 hat es keine formellen außenpolitischen Gespräche zwischen Indien und Pakistan gegeben. Seither gebraucht die gegenseitige politische Propaganda, die sich in den Editorials der wichtigsten Medien widerspiegelt, eine solch diffamierende und kriegerische Sprache, wie niemals zuvor. Verbales Säbelrasseln und verbale Gewalt haben zu einer Kriegsmentalität geführt, zu einer so brisanten Situation, daß jederzeit eine bewaffnete Auseinandersetzung, ein Krieg ausbrechen kann - und zwar unabsichtlich und zufällig, von

niemandem wirklich gewollt, aber plötzlich nicht mehr vermeidbar. Die Regierungen haben es in den beinahe 50 Jahren der Trennung nicht geschafft, ihre territorialen Streitigkeiten, wie beispielsweise die Frage des Siachen-Gletschers, zu lösen. Offenbar sind die Regierungen weder willens, noch in der Lage, politische Gespräche zu führen und dabei zu vernünftigen Ergebnissen zu kommen.

Angesichts des gespannten Verhältnisses und der durch dieses verbale Säbelrasseln vergifteten politischen Atmosphäre zwischen Indien und Pakistan und den vielen Vorurteilen, die gegenseitig gehegt werden, muß es schwierig gewesen sein, Unterstützung für die Idee eines solchen Bürgerdialogs zu finden?

Ja, wir hatten mit unzähligen Schwierigkeiten und Vorurteilen auf beiden Seiten zu kämpfen. Nachdem die Idee für Gespräche dieser Art geboren war, galt es Kontakt aufzunehmen mit gleichgesinnten Gruppierungen und Organisationen in Pakistan. Diese ersten Kontakte und Gespräche wurden nicht publik gemacht, wir informierten weder Presse noch andere Medien. Wir nahmen Kontakt auf zu Freunden, mit denen wir schon in der Vergangenheit in Fragen von Frieden, Religionskonflikten, Menschenrechten und Frauenfragen zusammen gearbeitet hatten und trafen auf eine große Zustimmung und Unterstützung unseres Plans. Große positive Resonanz erhielten wir auch von den führenden Gewerkschaftsverbänden, wie beispielsweise dem 'Indian National Trade Union Congress' oder dem 'Centre for Indian Trade Unions' und selbst vom 'All India Trade Union Congress' erhielten wir positive und ermutigende Signale.

Doch wie reagierte die Regierung auf die Idee ein solches Treffen zu organisieren?

Dieses positive Echo machte uns Mut für die nächsten Schritte, insbesondere die Kontaktaufnahme zur Regierung. Es war geplant,

den ersten solcher Dialoge in Delhi stattfinden zu lassen und das größte Problem bestand in der Visabeschaffung für die pakistanischen Teilnehmer. Das Verhältnis zwischen beiden Ländern ist so feindlich und gespannt, daß alle normalen Visavergabepraktiken außer Kraft gesetzt sind: es werden gegenseitig keine Visa ausgestellt. Der einzige Weg für Pakistani, an ein indisches Visum und für Inder, an ein pakistanisches Visum zu kommen, ist ein Besuch von Verwandten. Visa werden nur ausgestellt für private Familienangelegenheiten oder für religiöse Zwecke, wie Pilgerfahrten.

Nicht einmal Geschäftsvisa?

Die Vergabe von Visa für Geschäftsleute wird in beiden Ländern immer wieder diskutiert und zur Zeit verhandelt, doch im Augenblick werden Visa nur für die genannten Zwecke ausgestellt. Unter diesen Umständen mußte eine politische Entscheidung über die Ausstellung von Visa für die pakistanische Delegation getroffen werden, 100 Pakistani zu gestatten, in Delhi politische Gespräche mit Indern zu führen. So hatten wir kaum Hoffnung, unsere Idee eines solchen Dialoges verwirklichen zu können. Doch überraschenderweise intervenierte der indische Außenminister zu unseren Gunsten und offenbar reagierte selbst das Büro des Premierministers positiv auf unsere Absichten. Mit dieser positiven Reaktion von höchsten politischen Stellen war die Visaausstellung schließlich nur noch Formsache.

Ist dies möglicherweise ein Indiz dafür, daß auch die Regierung verzweifelt nach neuen Anknüpfungspunkten für einen Dialog mit Pakistan sucht?

Ja, ich denke schon. Die Regierung hat erkannt, daß nach dem Scheitern der offiziellen politischen Gespräche und Verhandlungen neue Wege für den Dialog zwischen beiden Ländern erschlossen werden müssen. Das ist der Grund, warum wir schließlich die Visa für die pakistanische Delegation erhielten, um die wir gebeten hatten. Und nicht nur das: auch die normalerweise mit der Visavergabe verknüpften Bedingungen und Restriktionen wurden der pakistanischen Delegation erlassen. So brauchten sie sich beispielsweise nicht, wie sonst für Besucher aus Pakistan üblich, nach ihrer Ankunft in Delhi bei der Ausländerpolizei registrieren zu lassen. Eine freundliche Geste der indischen Regierung, die uns diese peinliche Prozedur für unsere pakistanische Freunde und Gäste ersparte.

Wie war dann die Gesprächsatmosphäre?

Es war das erste Mal in der Geschichte, daß sich so große Gruppen von Vertretern beider Länder trafen und zu unserer aller Überraschung gab es deutlich mehr Felder der Übereinstimmung als Meinungsverschiedenheiten. Und genau von diesem Gefühl der Übereinstimmung und eines gemeinsamen Anliegens wurde die Zusammenkunft geprägt. Die Gespräche verliefen in einer solch friedlichen und freundlichen Atmosphäre, daß wir am Ende des Tages vergessen hatten, daß hier Bürger zweier verfeindeter Staaten miteinander redeten. Doch es war auch kein Schwelgen in Nostalgie und das Heraufbeschwören alter Zeiten, in denen Indien und Pakistan nicht getrennt waren. Es war ein Gefühl von: wir, die Völker und Bürger, dort die Staatsmächte, die Eliten.

Wie beurteilten die Teilnehmer die Kaschmirfrage?

In diesem zivilgesellschaftlichen Geist, der das Treffen prägte, waren sich alle einig, daß die Kaschmirfrage von den Regierungen beider Länder nicht mehr nur als territoriales Problem, als ein Problem von Landbesitz, betrachtet werden darf, sondern als ein Problem und Anliegen der Menschen, die dieses Territorium bewohnen. Es kann nicht gelöst werden, ohne daß die Menschen, die Kaschmiris beiderseits der Grenze, an dem Friedensprozeß beteiligt werden. Diese Einstellung bedeutet eine grundlegende Abkehr von den nationalistischen Haltungen der beiden Regierungen. Wie den Resolutionen der Zusammenkunft entnommen werden kann, fordern wir von beiden Ländern nukleare

und konventionelle Abrüstungsschritte. Außerdem haben wir sehr offen Fragen religiösen Fundamentalismus und Intoleranz genauso diskutiert, wie Probleme von innerer Aufrüstung und Beschneidung von Grundrechten in beiden Ländern.

Bei dem Treffen in Februar wurden in diesen Fragen vorsichtig erste Übereinstimmungen und Gemeinsamkeiten ausgelotet und formuliert und wir beschlossen, im November ein weiteres Treffen in Pakistan zu organisieren, nachdem in beiden Ländern die Ergebnisse des ersten Treffens einer größeren Öffentlichkeit zugänglich und von dieser diskutiert worden war. Um die Breitenwirkung zu vergrößern, nahmen an dem zweiten Treffen nur etwa 25 Prozent der alten Delegierten teil, die anderen waren zum ersten Mal dabei. Zuvor wurden in beiden Ländern Regionalgruppen gebildet, über die die Diskussion eine größere regionale Verbreitung finden soll. Es gibt inzwischen Gruppen in Andhra Pradesh, Rajasthan, Maharashtra, Nagaland und anderen Bundesstaaten, die sich regelmäßig treffen und auf der Basis der bisherigen Resolutionen über Möglichkeiten einer Fortführung des Dialoges beraten.

Wie haben sich diese Diskussionen auf regionaler Ebene in den beiden Ländern bei dem Novembertreffen ausgewirkt?

Ein Blick auf die Resolutionen, die am 11. November in Lahore verabschiedet wurden, zeigt, daß auf einer viel konkreteren Ebene diskutiert wurde als noch im Februar. Die verabschiedeten Resolutionen beinhalten konkrete Programme und Strategien zur Konfliktlösung zwischen beiden Ländern. So wurde beispielsweise zur Kaschmirproblematik ein gemeinsames pakistanisch-indisches Komitee gegründet, das sich eine sehr genau definierte Aufgabe gestellt hat: die Kontaktaufnahme von Repräsentanten des kaschmirischen Volkes auf beiden Seiten der Grenze und sich über deren Ansichten und Wünsche zu vergewissern. Ein nächster Schritt ist dann die Initiierung eines grenzüberschreitenden Austauschs dieser Ideen, da die Regierungen den Menschen in Kaschmir einen solchen Austausch über die Grenzen hinweg verwehren. Auf der Basis der von diesem Komitee erstellten Berichte, soll dann das pakistanisch-indische Bürgerforum Lösungspotentiale und Auswege aus dem Konflikt ausarbeiten und den Regierungen unterbreiten. In einem vierteljährlichen Dossier sollen über dieses Komitee die Menschen Kaschmirs die Chance erhalten, ihre Meinungen und Wünsche einer größeren Öffentlichkeit in beiden Ländern bekannt zu machen. Geplant ist auch die Nutzung neuer Medien wie Satelliten- und Kabelfernsehkanaäle, die nicht von den Regierungen kontrolliert werden, um diese Sicht des kaschmirischen Volkes und nicht die der Regierungen zu verbreiten.

Das kaschmirische Volk wird durch eine sehr undurchlässige Grenze davon abgehalten, einen Dialog miteinander zu führen, miteinander zu diskutieren. Es ist unser Hauptanliegen, diesen Dialog zu fördern und Wege hierfür zu öffnen. Die durch Kaschmir verlaufende Grenze muß durchlässiger werden, die künstliche Trennung der Menschen muß abgebaut werden, um ihnen einen Austausch von Ideen zu ermöglichen. Die beiden Staaten müssen dazu vor allem ihre Militärpotentiale in der Region abbauen, ihre Truppen und Sicherheitskräfte auf beiden Seiten abziehen, um die Spirale militärischer Gewalt zurückzuschrauben. Wir können die Lösung nicht allein den Regierungen und den Extremisten überlassen, sondern müssen Wege anbieten, die eine Beteiligung der kaschmirischen Bevölkerung an einem solchen Lösungsprozeß zulassen.

Was können wir hier im Westen dazu beitragen, daß ein solcher Prozeß zustande kommt?

Viele westliche Regierungen sind direkt oder indirekt durch Waffenlieferungen und andere unterstützende Maßnahmen für beide Länder am Kaschmirkonflikt mit beteiligt und verantwortlich. Wir wünschen uns, daß Menschenrechtsorganisationen und andere Gruppen im Westen ihre Regierungen auf die Situation in Kaschmir aufmerksam machen und sie auffordern, an ihre Hilfeleistungen an

die eine oder andere Seite in diesem Konflikt, Bedingungen, wie die Beachtung der Menschenrechte, zu knüpfen.

Wie waren die öffentlichen Reaktionen auf die beiden Treffen des Forums?

Die beiden Treffen fanden in der Öffentlichkeit und in den Medien eine große Resonanz. Die öffentlichen Reaktionen auf das erste Treffen waren zwar durchweg negativ, doch damit hatten wir gerechnet. Für uns war es wichtig, diese negative Kritik zu überstehen, was uns mit der Organisation des zweiten Treffens ja auch gelungen ist. Uns kam es darauf an, die Presse davon zu überzeugen, daß wir keine anti-nationalistischen Motive verfolgen und es gute Gründe für diesen Bürgerdialog gibt. Daher war das Novembertreffen noch viel wichtiger als das erste Treffen im Februar. Der Novemberdialog in Lahore hat in der pakistanischen Presse ein vergleichsweise positives Echo gefunden. So betonten die Editorials einiger großer Tageszeitungen, daß es wichtig sei, auf die Stimme der Menschen, des Volkes zu hören.

Wie geht es nun weiter?

Es gilt, eine Kettenreaktion hervorzurufen, mit der die Idee unseres Ansatzes eines friedlichen Dialoges zwischen den Menschen unserer beiden Staaten weiter verbreitet wird. Die Regierungen beider Länder haben offenbar die Bedeutung eines solchen Kommunikationskanals, wie wir ihn eröffnet haben, erkannt. Ein Weg, abseits der offiziellen Wege und unabhängig von den Regierungen. Und damit erhalten sie ein Alibi, selbst wieder Gespräche aufzunehmen. Wenn sie wirklich wollen, können sie angesichts der positiven öffentlichen Reaktionen auf unsere Anstrengungen den Dialog wieder beginnen, ohne dabei ihr Gesicht zu verlieren. Die Politiker beider Seiten wollen den Menschen einreden, daß sie, die Menschen, Krieg wollen. Das Forum kann zeigen und deutlich machen, daß es allein die Politiker sind, die den Krieg heraufbeschwören, die Menschen jedoch Frieden wollen. Es gibt den Menschen beider Länder Gelegenheit, ihren Friedenswillen öffentlich zu demonstrieren und damit die Regierungspropaganda auf beiden Seiten zu entlarven.

Pakistan India People's Forum for Peace and Democracy

Auszüge aus den am 11. November 1995 verabschiedeten Resolutionen

Das indisch-pakistanische Bürgerforum für Frieden und Demokratie hat zu den für das indisch-pakistanische Verhältnis wichtigen Themenbereichen 'Entmilitarisierung', 'Intoleranz', 'Governance' und 'Kaschmir' eine Reihe von Beschlüssen gefaßt und Forderungen verabschiedet, die wir im folgenden auszugsweise dokumentieren:

Entmilitarisierung

Die Zusammenkunft des indisch-pakistanischen Bürgerforums für Frieden und Demokratie fordert die Regierungen Indiens und Pakistans angesichts schwerwiegenden sozialen Folgen und Kosten des Wetrüstens auf dem Subkontinent auf:

- in Abrüstungsverhandlungen einzutreten, die das Ziel haben, während der nächsten drei Jahre ihre militärische Kampfstärke um 25 Prozent zu reduzieren,
- das gegenseitige Vertrauen durch einen Truppenabzug aus grenznahen Regionen zu stärken,
- grenzüberschreitende Unterstützung von Extremisten und Förderung von Stellvertreterkriegen auf beiden Seiten der Grenze zu verhindern,
- ihre Atomwaffen- und Raketenprogramme einzuschränken und sich unabhängig von den Forderungen anderer, dritter Länder um eine regionale Abrüstung zu bemühen,
- einen eigenen Atomwaffenteststopp zu beschließen, ohne auf einen globalen Teststopp zu warten.

Das Forum fordert Intellektuelle, Wissenschaftler und Journalisten dazu auf, gemeinsame Initiativen zu ergreifen, Bücher, Broschüren und andere Materialien zu entwickeln, die sich mit Atomwaffen, Abrüstung und Frieden beschäftigen.

Das Forum will für seine Forderungen nach nuklearer Abrüstung und Reduzierung der Truppenstärke in beiden Ländern ausgedehnte Kampagnen wie Friedensmärsche und Unterschriftenaktionen durchführen, um die Bevölkerung zu informieren und ihre Unterstützung für einen Friedensprozeß zu gewinnen.

Intoleranz

Das Bürgerforum für Frieden und Demokratie beschließt die Gründung eines gemeinsamen Komitees, das folgende Aufgaben haben soll:

- Überarbeitung von Schul- insbesondere Geschichtsbüchern und die Überprüfung von Möglichkeiten, gemeinsame Schulbücher für beide Länder zu publizieren,
- Organisation von Tagungen und Seminare für Rechtsanwälte, Journalisten, Gewerkschaften, Frauen, die das Ziel haben, Intoleranz schaffende Vorurteile abzubauen.
- Studentenaustausch und gemeinsame Aktivitäten von Jugendlichen in beiden Ländern,

Governance

Die Arbeitsgruppe 'Governance', die sich in 'Demokratisierung und Dezentralisierung' umbenannte, fordert von den Regierungen beider Länder unter anderem:

- die Abschaffung oder Überarbeitung von Gesetzestexten und Gesetzen, die fundamentale Grund-, Menschen- und Bürgerrechte verletzen, wie beispielsweise das 'Gesetz über öffentliche Sicherheit' und das 'Gesetz über Sondervollmachten für die Streitkräfte' in Indien oder die Gesetze über Grenzverletzungen und zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung in Pakistan,
- den Mißbrauch des Staatsapparates zur Unterdrückung politischen Dissens zu beenden,
- die Überarbeitung von Gesetzen und Verordnungen, die wirtschaftliche Disparitäten in Bezug auf Landbesitz, Forstnutzung und industrielle Beziehungen hervorrufen und perpetuieren,
- die Unterzeichnung internationaler Menschenrechtskonventionen, einschließlich der Konventionen über soziale und wirtschaftliche Rechte von 1965 und über bürgerliche und politische Rechte von 1965.

Kaschmir

In Anbetracht der Tatsache, daß

- die Regierungen Indiens und Pakistans die Wünsche und Hoffnungen des kaschmirischen Volkes weiterhin ignorieren,
 - alle Seiten Propaganda wie Nachrichten ansehen und behandeln,
 - sich die verschiedenen Konfliktparteien in ausweglose Positionen manövriert haben
- beschließt das Forum einen Drei-Punkte-Aktions-Plan.